

Bezugspreis:

Verteilung: 30.- Mk. monatlich, 30.- Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Sub-
skription: Monatlich 10.- Mk., erst nach
Kassengeld. Unter Abdruck für
Deutschland und Österreich 16.10 Mk.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal Auslieferung 21.50 Mk. Post-
gebühren nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, -arabien, Schweden
und die Schweiz. — Eintragungen in
die Post-zeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntag-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal: Sonntags und Mo-
nats „Lokal“.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Normalspaltweite
kostet — 20. Teuerungszulage 30%
„Kleine Anzeigen“ von 100
gedruckten Worten L. — 10. (unter 100
gedruckten Worten) jedes weitere
Wort 10 Pf. (Teuerungszulage und
Schließzeilen) das erste Wort
15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
Werte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Teuerungszulage 30%
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Seite 2. — 10. politische und ge-
werkschaftliche Vereine — 10. — 10.
— 10. die Stelle ohne Teuerung-
Zulage für die 1. und 2. Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Anzeigebüro, Berlin SW 1, Linden-
straße 6, abgegeben werden. Sonntags
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Amt Vorwärts, Nr. 15190-15197

Dienstag, den 11. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Amt Vorwärts, Nr. 117 53-54

Amerika zieht sich zurück.

Paris, 11. Januar. Die „Matin“ meldet, hat der ameri-
kanische Botschafter Wallace gestern Abend dem Ministerpräsidenten
Laguerré mitgeteilt, daß er von nun ab nicht mehr an den
Sitzungen des Botschafterrates teilnehmen werde; er
hat auch erklärt, daß die amerikanische Regierung bei der Sitzung
des Obersten Rates am 19. Januar sich nicht vertreten lassen werde.
Nach einer Radio-Meldung aus Washington werden die Ver-
einigten Staaten jedoch fortfahren, sich im Reparationsausschuß und
in der Rheinland-Konferenz vertreten zu lassen.

Paris, 11. Januar. Nach einer Meldung der Information wird
Giulitti der Tagung des Obersten Rates nicht beiwohnen.

41 Punkte.

London, 11. Januar. Der Berliner Korrespondent der „Daily
News“ meldet seinem Blatte die wichtigsten von den 41 Punkten,
die in dem der deutschen Regierung in Brüssel vorgelegten
Fragebogen enthalten sind. Diese beziehen sich u. a. auf die Papier-
geltpolitik der deutschen Regierung, die Besteuerung hervor-
ragender Privatvermögen, die Ein- und Ausfuhr, Einfuhrzölle,
Steuern, Staatseinnahmen und -ausgaben, die Verwendung der
auf Grund des Kohlenabkommens bezahlten Gelder, die Zahl der
Staatsangehörigen, die Kosten des Besatzungsheeres,
deutsche Gelder im Ausland, die die Arbeitslosenfrage
und ihre Ursachen, die finanzielle Lage der Eisenbahnen und
die Kohlenlage in Deutschland.

Befahrungskosten.

London, 11. Januar. Der Berliner Berichterstatter der „Daily
News“ will aus amtlichen Quellen erfahren haben, daß die
Kosten der Aufrechterhaltung der verschiedenen alliierten Be-
satzungstruppen im Rheinland seit dem Waffenstill-
stand betragen: für das amerikanische Heer 268 474 170 Dollar, für
das britische Heer 51 000 800 Pfund Sterling, für das französische
Heer 2 002 906 000 Francs, für das italienische Heer 15 207 717 Lire
und für das belgische Heer 314 040 688 belgische Francs. Außer den
in natura erfolgenden Lieferungen an die Besatzungsheere im Be-
trage von vielen Milliarden Mark habe Deutschland in der bisher
folgende Summen gezahlt: für das amerikanische Heer 608 Mil-
lionen Mark, für das britische Heer 208 Millionen Mark, für das
französische Heer 1 427 841 000 Mark, für das belgische Heer
49 166 000 Mark. Der Berichterstatter fügt hinzu, es sei bedauerlich,
daß die Vereinigten Staaten in Brüssel nicht vertreten seien, wenn
die Frage der Befahrungskosten erörtert werde, denn ein Vergleich
zeige, daß die Inkosten des amerikanischen Heeres im
Verhältnis zu denen des französischen phantastisch seien.
Uebrigens betrügen nach neuester Schätzung amerikanischer
Verständlichen die Inkosten für das amerikanische Heer jetzt
80 000 Dollar täglich oder 8 Millionen Mark.

Das große Wettrennen.

Paris, 11. Januar. Nach einer Havas-Meldung aus Washington
besagt eine in den Händen der amerikanischen Regierung befind-
liche Uebersicht, daß England bis zum 1. Januar 82 Panzerschiffe
und Panzerkreuzer mit einer Gesamttonnage von 811 050 Tonnen
besitzt. Die Vereinigten Staaten hatten bis zum gleichen
Datum 10 Panzerschiffe und Panzerkreuzer mit einem Tonnen-
gehalt von 900 100 und Japan 2 Panzerschiffe und Panzerkreuzer
mit einem Tonnengehalt von 267 620 Tonnen. Im Jahre 1924
werden die genannten Schiffstypen in den drei Ländern nach den
bisherigen Plänen folgenbereitschaftlich vertreten sein: England un-
verändert, die Vereinigten Staaten 27 Schiffe mit einer
Gesamttonnage von 983 000 Tonnen und Japan 18 Schiffe mit
einer Gesamttonnage von 526 020 Tonnen. Man erwartet, daß
1927 Japan 24 Großkampfschiffe mit einer Gesamttonnage von
848 820 Tonnen besitzen wird, während die Streitkräfte Englands
und Amerikas unverändert bleiben werden.

Deutschösterreichs Verzweiflung.

Wien, 11. Januar. Die gestern dem Generalsekretär der öster-
reichischen Sektion der Reparationskommission übermittelte Denks-
chrift des Zentralbureaus der österreichischen Staats-
angestelltenvereinigungen verweist zunächst darauf,
daß es dem internationalen Aeropag auf Grund des St. Germainer
Friedensabkommens nicht nur für die Wiedergutmachung zu sorgen,
sondern auch die Lebensnotwendigkeiten Österreichs sicherzustellen.
Die Beamtenschaft sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Staat
nicht mehr über die erforderlichen Mittel verfüge, um das Ein-
kommen der Beamtenschaft, entsprechend dem verteuerten Lebens-
unterhalt zu erhöhen. Die Streiks der Staatsangestellten seien
keineswegs politische oder soziale Notwendigkeiten, sondern zu-
brüche tieferer Verzweiflung. Die Räte müssen sich so
rasch als möglich entscheiden, die Vorschläge Sir William Goodes
in eine befriedigende Tat umzusetzen. Die Lebensmittelpreise allein
genügen für den Wiederaufbau Österreichs jedoch nicht, da es
langfristige Kredite bedürftig. Die Denkschrift stellt

schließlich in vollem Bewußtsein der Tragweite dieser Erklärung
fest, daß, wenn den zu acht Jährigen halb verhungerten Bundes-
angestellten nicht in kürzester Zeit die Möglichkeit gewährt werde,
sich einigermaßen zu ernähren, heute oder morgen mit einem Ver-
zweiflungsausbruch gerechnet werden müsse, der das Ende
dieses bedauernden Wertes Staates bedeutet. Das Auf-
hören Österreichs in seiner heutigen Gestalt werde aber auch das
Ende jenes politischen Systems sein, das durch den Friedensvertrag
geschaffen wurde.

Gestern vormittag begann die von der Bundesregierung bet-
auftragte Enquete über Preisabbau. Bundeskanzler Raab
wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die breitesten
Schichten der Bevölkerung trotz der größten Anspannung ihrer
Kräfte nicht so viel verdienen, um sich die bescheidensten Lebensbe-
dürfnisse zu sichern. Eine Willehrung des Übels könne nur eine
Stabilisierung der Wälua und Hebung der Pro-
duktion durch ausgiebige ausländische Kredite herbeiführen. Die
Regierung werde in der nächsten Sitzung des Nationalrates ein
Gesetz gegen die Preistreibeerei vorlegen, das Ueber-
ertragungen mit Geldstrafen bis fünf Millionen Kronen und Freiheits-
strafen bis zu sechsjährigem Kerker ahnde. In der Aussprache er-
klärten als Vertreter der Technischen Union, in der das Tele-
graphen- und Telefonpersonal sowie andere staatliche technische
Beamte und Arbeiter organisiert sind, die Vertrauensmänner der
Südbahnangestellten, die Technische Union habe beschlossen,
wenn bis zum 20. Januar in der Frage des Preisabbaus nicht
wirklich Ernst gemacht werde, solidarisch in den Ausstand
zu treten und darin zu verharren, bis ein greifbarer Erfolg erzielt
sei. Der Regierungsentwurf gegen die Preistreibeerei sei un-
genügend. Die Technische Union verlange die Einführung der Todes-
strafe und der Prügelstrafe. Der Hauptvertrauensmann des Sü-
dbahnpersonals sowie der Vertreter des Deutschen Handels- und
Industrieangestelltenverbandes bezeichneten als das einzige Mittel
zu wirtschaftlicher Erholung den Anschluß an Deutschland.

Wien, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Die in Berliner Blättern enthaltene Nachricht, daß der Generat-
konsul Bildner zum Gesandten Deutschösterreichs in Berlin
ernannt werden soll, ist unzutreffend. Die Wahl des zukünftigen Ge-
sandten ist noch nicht erfolgt, und es geht die Nachricht um, daß
der Staatskanzler Dr. Raab selbst dieses Amt zu übernehmen be-
absichtigt, wenn es zum Rücktritt der Regierung kommen sollte.

Aufgaben des internationalen Arbeitsamts.

Genf, 11. Januar. Der Verwaltungsrat des internatio-
nalen Arbeitsamts des Völkerbundes, der seine eigentliche
Arbeit begonnen hat, war gestern so ziemlich vollständig versammelt,
um die Aussprache über seine Tagesordnung vorzubereiten. Er hat
außer der Feststellung seines Budgets für 1921 das Programm für
die nächste allgemeine Arbeitskonferenz auszuarbeiten, die voraus-
sichtlich Ende Mai nach Genf einberufen wird. Die deutsche Ver-
tretung beim Arbeitsamt war gestern schon anwesend. An Stelle
des verstorbenen Legien hat der frühere Arbeitsminister Wissell
die vorläufige Vertretung der deutschen Arbeiterorganisationen über-
nommen.

Ende der irisch-englischen Verhandlungen.

Paris, 11. Januar. Die „Daily Mail“ in ihrer Pariser Aus-
gabe meldet, sind die Friedensverhandlungen zwischen
der Sinnfeiner-Partei und Vertretern des britischen Kabinetts in-
folge der Haltung der irischen Unterhändler, die das Pometula-
Gesetz nicht anerkennen wollen, gescheitert. Die Vertreter des
britischen Kabinetts seien der Ansicht, daß jede weitere Unterhand-
lung die Anerkennung des Pometula-Gesetzes durch die Sinnfeiner
zur Voraussetzung haben müsse.

Eine Million Arbeitslose in England.

Paris, 10. Januar. Englischen Blättern zufolge beträgt die
Zahl der englischen Arbeitslosen eine Million. Die Regierung beabsichtigt,
in den staatlichen Fabriken und Docks zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Arbeitswoche um einen
Tag zu kürzen.

Die lettische Bodenreform.

Riga, 11. Januar. Bekanntlich haben die meisten auto-
ritären Mächte — Deutschland gehört nicht dazu — im Interesse ihrer
Staatsangehörigen gegen die durch das lettische Agrargesetz vorge-
schriebene Enteignung protestiert. Der „Niger Rundschau“ zufolge
teilt nun der lettische Landwirtschaftsminister mit, daß die lettische
Regierung diesen Beschwerden in dem Sinne nachkommen wird,
daß sie möglichst bald das vorgesehene Gesetz über die Entschä-
digung enteigneter Güter durchführt. Das Gesetz soll bis zum
April fertiggestellt sein. Dann sollen in erster Linie die
Ausländer entschädigt werden.

Aufbau in der Tschechoslowakei.

R. J. Prag, Anfang Januar 1921.

Während das verfloßene Jahr voll Aufregung war und
die innerpolitische Lage sich immer mehr verwickelte, scheint
das neue im Zeichen der allgemeinen Beruhigung und Ab-
klärung der Situation zu beginnen. Die Gegenläge in der
tschechoslowakischen Sozialdemokratie, welche wie ein Alp auf
der ganzen Republik lagen, verschoben sich im Herbst der-
art, daß die Parteispaltung zu einem notwendigen
Naturprozeß wurde; es gibt jetzt in der Tschechoslowakei zwei
Parteien, die denselben Namen (Tschechoslowakische sozial-
demokratische Arbeiterpartei) führen, die Rechte (Organ:
„Právo Lidu“) und die Linke („Rudé Právo“, d. h. „Rotes
Recht“). Die Ereignisse des Vormonats sind zur Genüge be-
kannt. Der Gerichtsbescheid, durch den die Linke (die Kom-
munisten) beurteilt wurde, sämtliche Objekte den Vertretern
der Sozialdemokratischen Partei (d. i. der Rechten) zurück-
zugeben, die Entfernung der Kommunisten aus dem Volks-
haushalt durch die Staatsgewalt, schließlich der jämmerlich
zusammengebrochene kommunistische Generalstreik. Er war ein
gegen die Republik gerichteter Putzsch, der die Ausführung
einer Räuberregierung bezweckte, sich jedoch in der Provinz in
lächerlich primitiven „Sozialisierungen“ erschöpfte, die mit
ihm zusammenbrachen. Das Resultat sind einige Tote und
1200 Verhaftete.

Innerhalb der Linken vollzieht sich jetzt eine natürliche
Scheidung, da diejenigen Parteiangehörigen, die sich zwar als
radikale Sozialdemokraten bekennen, aber doch nicht ausge-
sprochene Kommunisten sind, ihre Selbstständigkeit anstreben.
Es ist noch nicht sicher, ob diese radikalen Genossen eine selbst-
ständige, von den Kommunisten unabhängige Fraktion bilden
oder einstweilen mit den Kommunisten in einer gemeinsamen
Partei weiter verbleiben werden, jedoch ein solcher Zusammen-
schluß von ganz verschiedenen Elementen kann nicht von
langer Dauer sein. Es streben jetzt schon einzelne Führer der
Linken eine Wiedervereinigung mit der Rechten
an, und es sind auch die Vorbereitungen zur Anknüpfung von
Verhandlungen zwischen der Rechten und den nicht-kommun-
istischen Angehörigen der Linken gegeben. Das „Rudé
Právo“ selbst schreibt in seiner Neujahrsnummer: „Es gibt
weder jetzt noch früher eine Einheitsfront in den Wäldungen
und in der Bewegung, wie es der Ernst der Zeit und
die Stärke der Partei erfordern. Die Bewegung schwankt
zwischen den äußersten, bis in die Romantik streifenden Ex-
tremen der kommunistischen Richtung und den fast konser-
vativen Elementen, die bloß ein Schritt von der opportunisti-
schen Rechten trennt.“

Die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie
gedenkt in diesem Jahre sich besonders mit der Beschaffung
über Betriebsräte, Sozialisierung der Bergwerke, Alters-
Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung sowie mit der
Durchführung der Bodenreform und der innerstaatlichen Or-
ganisation zu beschäftigen.

Der notwendige wirtschaftliche Aufbau der Republik,
nach dem das gesamte Volk ruft, trägt am meisten zur Wä-
berung der politischen und nationalen Gegensätze bei. Die Zeit
ist nicht fern, wo die tschechische Sozialdemokratie gemein-
sam mit der deutschen an diesem Aufbau arbeiten wird
und Fragen sozialer und wirtschaftlicher Natur alle nation-
alen Streitigkeiten in den Hintergrund drängen werden.
(Öffentlich bestätigt die Zukunft diese optimistische Prosp-
erung unseres Mitarbeiters. Red. u. „P.“)

Das jetzige Beamtinnenministerium Černý wird zwar als
ein Uebergangsministerium bezeichnet, doch kann es kaum in
absehbarer Zeit von einem parlamentarischen Regime abgelöst
werden. Es ist weder eine Koalition aller tschechischen Par-
teien noch eine Koalition einzelner Parteien, die im Parla-
ment eine Majorität fände, ohne die Sozialdemo-
kratie möglich, und diese lehnt entschieden die Teilnahme
an der Regierung unter den jetzigen Verhältnissen ab. Das
Beamtinnenministerium hat zwar eine größere Aktionsfreiheit
als eine parlamentarische Regierung, was sich insbesondere in
dem energischen Vorgehen beim Kommunistenputz zeigt
hat, jedoch eine Regierung von Bureaukraten birgt doch stets
etwas Reaktionsäres in sich. Reaktion und Star-
moderium der Kapitalisten war die sofortige Folge des von
den kommunistischen Linken gewollten und verursachten
Sturzes des Kabinetts Tuzar. Die Zukunft der parla-
mentarischen Regierung in der Tschechoslowakei liegt im
Dunkeln.

Die allgemeine Beruhigung und Ernüchterung, die jetzt
Blas zu greifen scheint, wird dem Gedeihen der Republik sehr
förderlich sein. Es werden in der nächsten Zeit im Parlament
außer innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Wesen
auch Fragen von internationaler Bedeutung erörtert werden,
und es ist ein Glück für die Republik, daß an ihrer Spitze so
hervorragende und klar denkende Männer, wie der Präsident
Masaryk und der Außenminister Beneš stehen. Ihnen
ist es zu danken, daß sich die Politik des Staates in ruhigen
Bahnen bewegt. Das Verhältnis zu Deutschland
sowie zu Österreich ist sehr gut, und man ist sich hier dessen

betraut, daß von einer demokratischen deutschen oder österreichischen Republik keine Gefahr für den tschechischen Staat droht, wohl aber von einem habsburgischen Deutschland oder einem habsburgischen Österreich. Deshalb liegt es im Interesse dieser drei benachbarten Republiken, ein freundliches Einverständnis der gegenseitigen Demokratie zu pflegen, um gegen die monarchistische Gefahr, die von dem reaktionären Ungarn oder von den Orgelorganisationen in Deutschland drohen, gewappnet zu sein. In der Tschechoslowakei hat eine monarchistische Bewegung nicht den geringsten Boden, unsere Republik ist eine feste Stütze der mitteleuropäischen Demokratie.

Die Vogel-Amnestie.

Wie verlautet, hat der Staatsanwalt gegen den Beschluß des Landgerichts, wonach dem Oberleutnant Vogel keine Strafe auf Grund des Amnestiegesetzes erlassen wird, Berufung eingelegt. Wie berechtigt diese Beschwerde ist, geht aus der eigenen Begründung hervor, welche die Strafkammer 3 des Landgerichts II ihrem Beschluß mitgab. Diese Begründung zeigt, daß die Richter dieser Kammer das Verhalten als juristische Listerei zu Hilfe nehmen mußten, um eine Anwendbarkeit des Amnestiegesetzes auf Vogel konstruieren zu können. In den Gründen heißt es wörtlich:

Die Tötung der Frau Luzemburg erfolgte in der Absicht, die damals offen gegen die Regierung kämpfenden Sozialisten einer Führerin zu berauben, und zwar offensichtlich durch die politische Lage ausgelöst. Die Straftaten des Oberleutnants a. D. Vogel stützen sich bei der Zeit und ihrer Beweggründe nach eng an diese Tötung an. Wenn es sich hierbei besonders um Mordhandlungen, die gegen das Leben bereits festgenommen und machtlos war, auch nicht um die eigentliche Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich handelt, so sind die Tötung und mithin auch die ihr nachfolgenden Straftaten nach den Umständen des Falles doch als im Zusammenhang mit einer solchen Abwehr begangen anzusehen, so daß sie nach § 1 Absatz 3 des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 als straflos erscheinen, soweit nicht die Einschränkungen dieses Absatzes oder der Absatz 4 entgegenstehen, was bei den Straftaten, wegen deren die Verurteilung des Oberleutnants a. D. Vogel erfolgte, nicht zutrifft. Die Handlungsweise des Verurteilten läßt zwar eine unerhört Rohheit und Gewissenlosigkeit erkennen, sie hatte aber unter andern Umständen auch den Zweck, die an der Tötung der Frau Luzemburg beteiligten Personen der Bestrafung zu entziehen, so daß sie jedenfalls nicht lediglich auf Rohheit, Eigennutz oder sonstigen nicht politischen Beweggründen beruhte. Nach Absatz 4 a. a. O. sind die gegen das Leben gerichteten Verbrechen (§§ 211, 212 und 214 St.G.B.) von der Straffreiheit ausgeschlossen. Von den Straftaten des Oberleutnants a. D. Vogel kommt hier nur die Vergewaltigung im Sinne des § 257 St.G.B. in Frage. Diese Vergewaltigung hatte den Zweck, nach der Tötung der Frau Luzemburg die Täter der Bestrafung zu entziehen, was also an sich nicht mehr gegen das Leben einer Person gerichtet. Das Gesetz vom 4. August 1920 gibt keinen Anhalt dafür, wie weit der Kreis der gegen das Leben gerichteten Verbrechen ausgedehnt ist. Unbedenklich werden alle eigentlichen Teilnahmehandlungen, wie Anstiftung und Beihilfe, als einbezogen erscheinen, von einem Vergehen gegen § 257 St.G.B., das schon durch seine Stellung im System des St.G.B. rein äußerlich eine selbständige Bedeutung hat, wird dies in Ermangelung von Umständen, die einen gegenständlichen Willen des Gesetzgebers vorkommen lassen, nur dann anzunehmen sein, wenn die Begünstigung vor der Begehung der Straftat, auf welche sie sich bezieht, bereits zugesagt worden ist. Eine solche Feststellung ist aber in dem Urteil nicht getroffen worden.

Gemäß § 2 des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 sind die verhängten Strafen, soweit Straffreiheit gewährt wird, nicht zu vollstrecken.

Die Begründung wimmelt von inneren Widersprüchen. Erst wird erklärt, daß Bogels Straftaten sich nach Zeit und Beweggründen eng an die Tötung an-

schließen, dann aber wird nachher doch konstruiert, daß die Rücksichtnahme auf die Amnestie auf Tötungsversuchen bei Vogel nicht zutrifft. Bogels Tat wird weiter als ein Ausfluß unerhörter Rohheit und Gewissenlosigkeit bezeichnet, dann aber doch zu einer politischen Tat gestempelt, weil sie nicht ausschließlich auf Rohheit und Gewissenlosigkeit beruht habe. Demgegenüber möchten wir an folgenden Parallelfällen erinuern, den ein Genosse unlängst in der Deutschen Landesversammlung vorbrachte: Ein Bergmann aus dem Ruhrgebiet ist vom dortigen Landgericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil er für die rote Armee in den Stappischen Posten gestanden hat. Das Gericht erklärte die Amnestie auf ihn für nicht anwendbar, weil der Mann zum Postensetzen eine Montur erhalten und nicht sofort wieder abgegeben hatte. Daraus folgerte das Gericht, er habe nicht aus politischen Motiven, sondern aus persönlichem Eigennutz gehandelt. Bei Deutnant Vogel genügt also ein ganz schwacher Einfluß (angeblicher) politischer Motive in ein gemeines Verbrechen, um das gemeine Verbrechen politisch zu machen, bei dem kommunistischen Bergmann dagegen genügt ein ganz schwacher Einfluß von persönlichem Eigennutz, um das rein politische Verbrechen eines politischen Charakters zu entkleiden und zu einem gemeinen zu machen! Ergebnis: Preussische Richter urteilen gerade entgegengesetzt, je nachdem es sich um einen Kommunisten oder um einen reaktionären Offizier handelt. Wir konstatieren nur die Tatsache, die Gründe mag der Leser erforschen.

Bewerkschaften und bayerische Frage.

Unter dieser Überschrift bringt das „Berliner Tageblatt“ in seiner Morgenausgabe vom 11. Januar folgende Mitteilung:

„Wie wir hören, haben kürzlich wiederum Besprechungen zwischen den Führern der Gewerkschaften und der Reichsregierung stattgefunden, die sich mit der Frage der Entlassung der bayerischen Einwohnerwehren beschäftigten. Der Reichsregierung ist es hierbei gelungen die Gewerkschaften von der Notwendigkeit der von ihr getroffenen Schritte zu überzeugen.“

In dieser Mitteilung des „Berliner Tageblatt“ erklärt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß er an solchen Besprechungen nicht teilgenommen hat, und daß ihm überhaupt von solchen Besprechungen nichts bekannt ist.

Der unbewaffnete Bewaffnete.

Nach einer Meldung der D. A. betonte Forstrat Dr. Escherich bei einer Zusammenkunft von Vertretern der Einwohnerwehren u. a.: So lange die legale Polizei- und Wächtermacht absolute Ruhe und Ordnung nicht gewährleisten könne, dürften die Waffen nicht abgegeben werden. Diese Worte wurden mit kurzem Beifall aufgenommen.

Der Reichsgerichtsorganisation ist nach seinen Beteuerungen gänzlich unbewaffnet, — aber die Waffen dürfen nicht abgegeben werden. Der pfiffige Forstrat darf uns noch solchen Leistungen wirklich nicht übel nehmen, wenn wir seine sonstigen Beteuerungen über seine Harmlosigkeit in demselben Schutzbuch begraben, wo wir die Lokalitätserklärungen der Generale Rätzsch, Raerler, Lohberg, Dajfel usw. sowie Beschlüsse des berühmten Bödens der Tatsachen“ aufheben, auf den sich die Reaktionen im November 1918 stützen.

Haenisch und die Marburger.

Der Minister Haenisch hat an den Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft, Herrn von Kubel, folgenden Brief gerichtet:

„... Meine in Ihrem Kreise lebhaft beanstandete Verurteilung über die Marburger Zeitfreiwilligen anlässlich der Wehrstetler Tragödie stand unter dem Eindruck der Reichsgerichte und der Verhandlungen vor dem Kriegsgericht. Sie erfolgte aus dem schmerzlichen Gefühl heraus, daß durch jene Vorgänge die Gegen-

über großen Arbeiterwelt und Studentenschaft, deren Ueberbrückung mir von jeher am Herzen lag, verdrängt werden müßten. Wenn ich mir auch die endgültige Stellungnahme zum Vorgehen der beteiligten Zeitfreiwilligen vorbehalten muß, bis die wegen Mißhandlung gegen einige Studenten eingeleiteten Verfahren zum Abschluß gebracht sind, so will ich als preussischer Staatsminister doch bereits heute erklären, daß ich nach dem rechtskräftig gewordenen Spruch des Kasseler Schoubergers die von mir gebrauchten scharfen Wendungen nicht aufrecht erhalte. Ich nehme diese Wendungen hiermit zurück.“

Wir bedauern diese Zurücknahme. Denn es ist selbstverständlich, daß Haenisch in seinem Urteil über die Marburger von jedem Sozialdemokraten unterstützt wird. Wenn er innerhalb des Koalitionsministeriums deshalb Schwierigkeiten haben sollte, so hätte er den Herrschaften die Zähne zeigen, aber nicht zurückziehen sollen, auch nicht „als Staatsminister“.

Beamtenräte oder Beamtenkammern?

Bei der Beratung des Staats des Reichsministeriums des Innern fragte der Abgeordnete Genosse Bauer an, wie es mit dem Ausbau der Abteilung für Beamtenfragen, der Befehle der bereits beteiligten Ministerialdirektoren und der anderen Stellen, sowie mit der Regelung des Beamtenrätegesetzes stehe. Reichsminister Koch erwiderte darauf, daß die Stelle des Ministerialdirektors noch zur Befehlung gelangen wird, nachdem der zwischen ihm und dem Sparfachausschuß Dr. Carl Dierckhals schiebende Schriftwechsel erledigt ist. Das Gesetz wegen der Beamtenräte ist fertiggestellt, und zwar im Benehmen mit den großen Beamtenorganisationen. Allerdings wird der Entwurf nicht alle Wünsche der Organisationen erfüllen. Inzwischen ist nun unter hiesiger Führung und unter Beteiligung von Brechen, Sackien, Württemberg und Baden eine Bewegung zur Schaffung von Beamtenkammern eingeleitet worden. Der Minister habe geglaubt, vor Erbringung des Gesetzes das Ergebnis dieser Bewegung abwarten zu sollen. Das Reichskabinett hat sich nunmehr dahin entschlossen,

an dem Kätegebäude, der der Reichsverfassung entspricht, festzuhalten

und wird den Gesetzentwurf dem Reichsrat vorlegen. Vermutlich wird, wenn Bayern seinen Entwurf über Beamtenkammern ebenfalls vorlegen sollte, der Reichstag in die Lage kommen, Schiedsrichter darüber zu sein, welchen Entwurf er seinen Beratungen zugrunde legen will.

Kommende Reichsgesetze.

Der Hauptausfluß des Reichstags berief am Dienstag den Etat des Reichsministeriums des Innern. Nach einleitenden Bemerkungen des Referenten Dr. Schreiber (3.) und des Referenten Dr. Ratzsch (D. Sp.) gab Reichsminister Koch zunächst Auskunft über den Stand der im Ministerium ausgearbeiteten Gesetze. Danach ist das Reichsschulgesetz fertiggestellt und wird in der nächsten Zeit dem Kabinett und ab dann dem Reichstag zugehen. Dasselbe trifft beim Jugendwohlfahrtsgesetz zu. Ein Gesetz gegen die Schmutz- und Schundliteratur ist in der Bearbeitung abgeschlossen, der erste Entwurf des Referenten liegt vor. Für eine Bekämpfung der Presse, soweit Schmutz und Schund in Betracht kommen, ist übrigens nicht das Reichsministerium des Innern zuständig, sondern es ist dies eine Angelegenheit der Länder, in deren Händen die eigentliche polizeiliche Gewalt liegt. Das Fortbildungsschulgesetz ist in der Vorbereitung, die Verhandlungen mit den Ländern schweben. Der Minister betonte im übrigen, daß in seinem Ministerium, was den Beamtenapparat betrifft, die bewährte Sparsamkeit durchaus beibehalten sei. Die Aufgaben des Ministeriums hätten sich außerordentlich verändert, manches sei durch Friedensvertrag, Kriegsjahre und Verfassungsergänzung, andererseits sei eine große Reihe neuer Aufgaben hinzugekommen. Der Minister schilderte einige dieser neuen Aufgaben und hob hervor, daß wichtigste Gebiete nur von einem einzigen Ministerialrat bearbeitet würden.

Dr. Rosenfeld (L. Sp.) kritisierte scharf die Verfügung, die der Minister an den Senat der Stadt Bremen gerichtet habe, und worin der Befürchtung Ausdruck gegeben wurde, daß die öffentliche Ordnung durch die stilllose Auflösung der Stadtwache in Bremen gefährdet werden könne. Nebenbei rief auch die Verurteilung des Ministers gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun.

Runde einzuholen — der Abend wäre kürzer und reiner an Genuß. Aber auch so bewachte er seinen Ruf als Sänger und Vortragsmeister. Dr. Kurt Singer.

Gründung des Reichswirtschaftsverbandes Bildender Künstler Deutschlands. Die Beratungen der Vertreter der wirtschaftlichen Verbände Bildender Künstler aus ganz Deutschland haben in Weimar am Sonntag zu dem Ergebnis geführt, daß ein Reichswirtschaftsverband Bildender Künstler Deutschlands gegründet wurde. Anwesend waren in Weimar 22 Vertreter von 11 wirtschaftlichen Verbänden, die 6174 Künstler zusammenschließen. Der wirtschaftliche Verband Bildender Künstler Nordostdeutschlands, mit Sitz in Königsberg, hatte schriftlich seine Zustimmung erteilt. Unvertreten war Düsseldorf. In den Vorstand des Reichswirtschaftsverbandes wurden gewählt: Hans Baluschek-Berlin, Waurat Zettler-Dresden, Prof. Körner-Frankfurt a. M., Dr. Wanner-München, Felix Hollenberg-Entwickel. Zur Vertretung der dem Verband wahrzunehmenden Interessen wird ein Generalsekretariat eingerichtet, mit dem Sitz in Berlin, die Vertretung wird hier Walter Otto Marcus leisten. Die Weimarer Künstlergesellschaft hatte die Künstlervertreter aus dem Reich postalisch aufgenommen. Die neue Reichsorganisation, das Gegenstück der Volksgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, wird sich zunächst drei Hauptaufgaben zu stellen haben: Erweiterung des künstlerischen Urheberrechts, Regelung des künstlerischen Vertragsrechts, Anteil des Künstlers am Wertzuwachs seiner Werke. Beim Urheberrecht gilt es vor allem zu erreichen, daß das herrenlose geistige Eigentum besetzt wird, daß die Werke, die in den Werken der verstorbenen Meister liegen, soweit keine direkten Nachkommen vorhanden sind, wirtschaftlich für die lebenden Künstler nutzbar gemacht werden. Zu diesem Zweck kann neben dem Recht an den Verwertungsrechten auch der Wertzuwachs an den Originalwerken herangezogen werden. Um diese Regelungen in die Wege zu leiten und um die dann sich ergebenden Mittel zum Besten der Kunst in einer Weise zu verwenden, die allen vernünftigen Ansprüchen gerecht wird und die die Kunst in künstlerischen so häufigen Fällen schwerer Rat lindert, dafür wird die neue Reichsorganisation ihre ganze Kraft einzusetzen haben.

Erkennung. Die Volkseigenin ist der Titel einer neuen dreiteiligen Operette von Reibhart und Kessel. Das Werk erlebte mit Wollf Wessely in der Titelrolle am 2. Februar seine Uraufführung im Central-Theater.

Vorträge. Der am 13., 14. und 16. Januar im Deutschen Lagerklub stattfindenden „Kunstausstellungen“ zum Besten der notleidenden Kinder wird eine große geschäftliche Einleitung von Carl von Bunsen vorgegeben. — Ludwig Kubista liest Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Kuba (München). 9/10, aus eigenen Dichtungen vor. — Am Montag, den 17. Januar 1921, abends 8 Uhr, hält Professor Dr. Seligmann auf Veranlassung des „Deutschen Vereins für Volkskunde, Volkswirtschaft, Berlin“, im Generalsekretariat für Volkskunde und Unterricht, Berlin W. 36, Postdammer Str. 120 (alt. Post), einen Vortragsabend über „Kunst und Volk“ als Freund und Feind des Menschen“. Der Eintritt steht jedermann unentgeltlich frei.

Deutscherischer Volkswirtschaften sind zum erstenmal vollständig in zwei starken Bänden des Verlags Georg Müller in München erschienen. Kein einseitiges Werk, aber alles Schöne zur Charakteristik des Staates, welches das alte Regime und seiner Zeit, das Meistertum hinterlassen, ist darin zusammengefaßt.

Noten und Nieten.

Konzert. Im Schou.

Allen Prophezeiungen zum Trotz mehren sich die Orchesterkonzerte. Man fragt taunend, woher all das Geld zum Decken der Unkosten kommt, wird bedenklich, wenn aus Paris vor diesen Proben die Darbietungen lüdenhaft, unvollendet bleiben und freut sich im Ganzen doch eines gegenseitigen Ueberbiens und Anspornens. In den modernen Konzerten mit bestimmter „Richtung“ gähnen leider viele leere Bänke. Kein Wunder: die junge Welt, die es unerträglich zu dem Zeit- oder Modeführer lockt, kann nicht zahlen; die Begüterten treffen sich bei Klisch, und der strebsame, hungerige Teil der guten Bürger und Arbeitenden bei Strauss, der über den inoffiziellen Ton seiner Programme eine sanfte, halbmoderne Patina zieht. Besonders apart gestaltet Meyrowitz seine Programme. Das letzte trug den Stempel des Leichtfertigen, Märchenhaften, Lustig-Schönen. „Les petit riens“ — „Die kleinen Nichtigkeiten“; wie beschreiben nennt der 17-jährige Mozart diese musikalischen Tanzschritte, die auch losgelöst von der Aktion, als selbständige Kammerstücke bestehen, erstochen und frühlingshaft stimmen! Nicht daneben die Ravelschen Märchen-Skizzen — welche eine bewachte, an Höflichkeit angelegte, von leibhaftigen Bildern umflammerte Musik! „Donnerstags Traum“ — das läßt sich auch in einer instrumental reizvoll überzuderten Nüchternheit verstehen und schäpen. Aber „Däumling“, „Die Prinzessin und das Tier“ sind nur noch Stützpunkte für einen Rangel an musikalischer Phantasie, der durch malerische oder illustrative Reize nicht weitgemacht wird. Die Straußsche Musik zum bürgerlichen Weltmann darf dagegen fast jeder feinsinnigen Erinnerung entbehren; so reizvoll apert anmutig und geschlossen wirkt sie vom Podium her.

Klisch brachte gleich zwei Neuheiten — in seinen Konzerten eine besondere Seltenheit. Die dritte Sinfonie des Norwegers Christian Sinding ist eine einzige große Verbeugung vor deutscher Musik. Die Struktur dramatischer Sinfonie im Verein mit Wagnerischen Stimmungs-Atmosphären läßt inhaltlich und formell kaum mehr Platz für eine spezifisch-nationale Note. Wo bleibt nach dem Rheingold-Allegro, nach dem mühen Anbente verromantischer Romanze, nach dem ganz wipigen, aber blaffen Scherzo und dem dramatisch schwachen Pathos-Finale noch etwas von Sinding übrig? Dabei ist die Schreibung von einer hervorragenden Durchsichtigkeit und Tüchtigkeit. Dohmanns Violinkonzert von Fleckmeisterhaft geistreich, scheint, nach dem ersten Satz zu urteilen, das Werk eines für virtuose Passagenmusik eingenommenen Meisters, der auch dramatisch mehr denkt als singt. Man wird es öfter hören dürfen. Das soll nicht vom Weigenkonzert Busonis behauptet werden. Der „Anbruch“ mißt sich mit schöner Eingabe, diesen Klangvirtuosen auch ein kompositorisches Eigenprofil setzen zu lassen. Das hat er oder vor 20 Jahren durchaus noch nicht gehabt; die frisch-lebendig hingeworfene Lustspiel-Overtüre ist eine im Geiste Mozarts erwonnene Gelegenheitsarbeit, das Weigenkonzert, selbst in der prachtvoll temporeizierten Dar-

bietung durch Telmanzi, nur akademisches, neben der Lust einherlaufendes Handwerk. Das sollte man gar nicht mehr leben lassen. Opus 42 und 43 (Verteufe und Nocturne) zeigen den tiefen Atemzug des atonal empfindenden Futuristen in eigenartig zitternden, meist isolierten Stimmungsbildern, deren Linien oder durchaus nichts Aufhebelles, deren Melodik, aus dritter Hand geschöpft, nichts Wärmendes und Lebenshaftes enthält. Die kommenden 2 Abende werden Busoni (der selber dirigiert) auf der Höhe seines bisherigen Schaffens zeigen. Mit Kleinigkeiten gibt sich dieser auch in seinen Phantasien noch geistreiche Mann nicht ab: Teile einer „Faut-Rust“ erfüllen ihn und harren der offensichtlichen Vorführung.

Die gänze ich auch der besten Oper „Die Geister vom Kranichstein“ (Schattmann), deren Overtüre mit ihrem flötigen Tempo, ihrer wipigen Melodik und äußerst geschicktem Kontrapunkt gerade im Charlottenburger Opernhaus sehr gut eine Fortsetzung auf der Bühne vertragen würde. Wie denkt Herr Hartmann darüber, dessen Strohweiser Krasselt sich dieser guten und soliden und klingenden Musik annehmen? Auch „Des Teufels Bergmann“ ründe vielleicht zur Verfügung. Die sinesische Dichtung „Pompeji“ von Paul Cretel kam in einem der Weihen-Konzerte leider am Ende eines allzu langen Programms, und künstlerisch nicht recht diszipliniert zum Vortrag. So wie sie mit ihren Tänzen, reizvollen Serenaden, diesen Klavierauszügen und verfeinerten kontrapunktischen Verbindungen eher brutal, als träumerisch und phantastisch. Auch dem „Hegenlied“ von Schillings blühte kein durchschlagender Erfolg mehr. Schwindel die Werbestraft dieser lausig-effektvollen Legende, oder ist die unmelodische und leicht ermüdende Sprache Toni Halbes schuld am Verfall der Wirkung? Ein Mann muß das Werk wieder neu beleben, oder es stirbt dahin.

Von solistischen Leistungen haftet in der Erinnerung: das ausdrucksvoll besetzte Spiel des Geigers Jambison, der in den Jigunowischen Caprices eine ausgefeilte Vogenlehre erweist; Margarete Anstorge, versonnen, empfindsam, doch ohne überzogene Größe bei der Hammerklavier-Sonate, eine subtile Klavier-Spielerin; Josef Frank, ein überlegendes klavieristisches Talent, sehr überlegen, fröhlich. Sie spielt mit ihren 18 Jahren drei große Konzerte mit Orchester, Tschekowsky mit Beethoven und Chopin, doch ohne jede Leidenschaft und Unvollständigkeit, die Leben auch den toten Hüllstein (Schubert, Beethoven (e-Poll) klar und prägnant, zuletzt listig. Man wird auch dieses bei aller Tüchtigkeit bescheidene, von Lampenangst freie Mädchen mit eroderungsstarkem Auge achten. Nicht so auf Lotte Küster, deren keines, geprehtes Stimmchen der Häuslichkeit wohlbelohnt, die sich bei der Mangelhaftigkeit ihrer Schulung und ihrer Vortragart aber nicht öffentlich präsentieren darf. Tora Mielandti gefällte sich in einer weniger glücklichen als gelagerten Nüchternheit, auch entlegte ihr wider Willen der Atem zur unredlichen Zeit. Das läßt sich behoben; der lieblichen gutgepflegten Stimme ist Zukunft zu gönnen. Des Schöndorfer lieh seinen vornehmlichen, prachtvoll ausstrahlenden Satz in Dohmanns Pathos den besten Gewinn. Rame der sonoren Grundgewalt dieser Bühnenstimme die Höhe gleich, überfeigerte er nicht das Temperament des Vortrags, und ließe er sich nicht allzu lang von dem geschmolzenen Pathos des Pastors

Gewerkschaftsbewegung

Der sterbende Postverband.

Am 6. Januar hielt der Bezirksverein Berlin des Verbandes mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten, wie er sich jetzt nennt, des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten im Lehrerbund ein außerordentliches Bezirksstages ab, auf dem Personal- und Organisationsfragen zur Besprechung standen.

Der Verband steht in der ernstesten Krise, die er seit seiner vor mehr als 30 Jahren erfolgten Gründung durchzumachen hat. Der Kern der Sache ist die sogenannte Differenzierungsfrage. Der Reichsfinanzminister hat erklärt, nur die aus dem Zivilantwärtlerstand hervorgegangenen Postsekretäre ohne eine weitere Prüfung in die Gruppe VII der Reichsbesoldungsordnung übernehmen zu können, während die aus dem Militärantwärtlerstand hervorgegangenen Sekretäre sich noch einer Ergänzungsprüfung unterziehen sollten, ehe sie nach VII befördert werden können. Entgegen dem Beschluß des Verbandstages hat sich der Vorstand des Verbandes nach langem Sträuben schließlich doch zur Annahme dieser Bedingung bereit erklärt.

Darumhin haben die Militärantwärtler, die mit den Zivilantwärtlerbeamten vollständig den gleichen Dienst verrichten und auch bisher stets gleich bewertet wurden, dem Verband den Rücken gekehrt. Sie erklären in der Differenzierung eine durch nichts zu rechtfertigende Zurücksetzung und machen dem Vorstand den Vorwurf, ihre Interessen preisgegeben zu haben. Zur Vertretung ihrer besonderen Interessen haben sie einen besonderen Verein, die „Gewerkschaft deutscher Post- und Telegraphenbeamten“ gegründet, die an sich natürlich völlig bedeutungslos ist. Doch nicht genug damit, spalten auch die zwei mal getriebenen Sekretäre mehr und mehr vom Verband ab, um sich einer besonderen Ständesorganisation anzuschließen, die korporativ den zivilischen Gewerkschaften angeschlossen ist.

Von dem einst fast alle mittleren Postbeamten umfassenden Verband ist also herlich wenig übriggeblieben. Der Verband, welcher auf dem Gebiet der Beamtenorganisation einst bahnbrechend wirken konnte und noch vor kurzem 40 000 Mitglieder umfaßte, steht heute, nachdem er etwa die Hälfte seiner Mitglieder verloren hat, im Begriff, zur Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Nun sucht der Postverband, der übrigens vollständig gelb und reaktionär ist, zu retten, was zu retten ist. Deshalb hat er sich auch entschlossen, zusammen mit den Verbänden der unteren und der weiblichen Postbeamten eine Reichspostgewerkschaft zu gründen, so sehr seinen führenden Vorstandsmitgliedern jede gewerkschaftliche Bewegung auch verhaßt ist. Ob diese Gewerkschaft je lebens- und aktionsfähig werden wird, sieht zunächst noch dahin.

So waren es denn Trauergefänge und Grabesläuten, welche aus den Worten aller Redner nur zu deutlich hervorbrachen. Man sprach hin und her, schob die Schuld an dem Zusammenbruch des einst so stolzen Verbandes teils auf den Vorstand, teils auf die Führer der Gegenbewegungen, jedoch nicht ein Redner nannte das Kind beim richtigen Namen. Nicht einer sagte, daß die wahre Schuld daran liegt, daß der Verband bisher nur Ständespolitik, d. h. Pflege des Ständebüchseis getrieben hat, und daß diese schließlich akzeptierte Differenzierung zwischen Zivil- und Militärantwärtlern nichts anderes als ein Ausfluß dieser Ständespolitik ist. Kein Wunder, wenn die Militärantwärtler dem Verband jetzt auf und davon laufen. Andere, denen durch diesen Vorgang die Augen geöffnet werden, dürften dem Beispiel folgen. Nulllosigkeit war das Reich, unter dem die Leitung des Verbandes stand, und Nulllosigkeit wird die mittleren Postbeamten so lange beherrschen, bis sie den Weg zu jener Organisation finden werden, die zwar keine „Ständespolitik“ treibt, dafür aber andere Erfolge aufzuweisen in der Lage ist.

„Afa“ und „Technische Nothilfe“.

Mitglieder und Betriebsvertretungen melden uns, daß Firmenleitungen, vor allem solche der Metallindustrie, durch Anschläge und Kundschreiben die Angehörigen zum Eintritt in die sogenannte „Technische Nothilfe“ neuerdings wieder aufzufordern. Die Stellung des Fabrikbesitzers zur „Technischen Nothilfe“ ist längst nicht mehr die gleiche, wie es die Angehörigen der Nothilfe selbst behaupten. Der Fabrikbesitzer lehnt die „Technische Nothilfe“ als eine Arbeiterorganisation ab, welche den organisierten Streik zu begünstigen ab. Wer der „Technischen Nothilfe“ beiträgt, fördert ihre antigewerkschaftlichen Bestrebungen und durchkreuzt unter Umständen Kampfmaßnahmen, welche die freien Gewerkschaften im Interesse der Arbeitnehmerbewegung zu treffen gezwungen sind. Daraus ergibt sich klar, wie ein Angehöriger, der einem Arbeiterverband angehört, sich zu entscheiden hat. Kein Afa-Mitglied darf der „Technischen Nothilfe“ beitreten. Jedes einzelne Mitglied muß vielmehr deren Bestrebungen bekämpfen. Die freien Gewerkschaften behalten sich

während eines Kampfes vor, selbst zu entscheiden, welche Betriebe vom Kampf freizulassen sind.

Afa-Ortsleiter Groß-Berlin.
Platan. 21. Sieselstr. Reinsberg.

Nette Lohnverhältnisse scheinen bei der Firma Haas, Neue Grünstr. 30, zu bestehen. Derselbe beschäftigt Heimarbeiter, welche Perleiten anfertigen. Für ein Gros solcher Perleiten zahlt die Firma 8 M. Zu diesen Raten gehören 18 848 Berlin, welche noch nach Grätzen zu sortieren sind. Und ist bekannt, daß eine Frau bei intensiver angelegener Arbeit den „fürstlichen“ Lohn von 30 M. per Woche hierbei verdient. Da sie hiermit natürlich nicht auskommen kann, fällt sie der öffentlichen Armenpflege der Stadt Berlin zur Last, während der Herr Unternehmer aus ihrer Arbeit reichen Verdienst einzieht.

Erhöhung der Feuerungsansätze für die Reichs- und Staatsarbeiter. Im November vorigen Jahres haben die in Frage kommenden Spitzenverbände eine Erhöhung der Feuerungsansätze für die im Reichs- und Staatsdienst stehenden Verwaltungs- und Betriebsarbeiter beantragt. Dieser Anträge wegen haben in den letzten Tagen zwischen den Regierungskreisen und den Spitzenverbänden erneut Verhandlungen stattgefunden, die ein abschließendes Resultat noch nicht ergeben haben. Die Regelung wird von den Regierungskreisen nach dem Vorgange bei den Reichseisenbahner in Vorschlag gebracht. Trotz der gegen eine Erhöhung nach diesen Sätzen bei den Spitzenverbänden vorliegenden starken Bedenken wird eine Verhandlung als nicht aussichtslos angesehen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Wagt nicht nach Schweden! In Schweden befinden sich die Maschinen und Heizer in einem großen Lohnkampf. Die schwedischen Unternehmer haben, wie wir aus sicheren Quellen erfahren, Agenten in Deutschland, die deutsche Arbeiter unter schwindelhaften Vorspiegelungen nach Schweden locken, wo sie Streikbrecherarbeit verrichten sollen. Wir appellieren an die oft bewährte Solidarität der deutschen Arbeiter: geht nicht nach Schweden! Die Arbeiterpreise sind um Abbruch ersucht.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Mary Macarthur, die englische Gewerkschaftsführerin, ist in London nach schwerer Krankheit gestorben. Als Vorsitzende des Exportbauerschlusses der englischen Arbeiterinnenverbände, der über 2 Millionen gewerkschaftlich, genossenschaftlich und politisch organisierte Frauen umfaßt, stand sie seit 17 Jahren weit über Englands Grenzen hinaus im Vordergrund aller großen Kämpfe um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Frauen. Die englische Arbeiterbewegung hat mit ihr eine ihrer besten Kräfte verloren.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Leitungsamt), Gruppe 4. Auswärtiger. Zill. Söhne. Mittwoch, 5 Uhr bei Hilde. Söhne. 20; Betriebsmänner-Versammlung. Freitag 5 Uhr in Schule Neue Friedrichstr. 12; unter der Garnisonkirche; Gruppenversammlung.

Wirtschaft

Notenrekord der Reichsbank.

Die Reichsbank hatte am Jahreschluss erneut eine Zunahme der papiernen Zahlungsmittel zu verzeichnen. Diese stiegen um 1,6 Milliarden auf 50,8 Milliarden Mark. Im letzten Jahre entwickelte sich der Umlauf an Noten und Darlehensscheinchen folgendermaßen:

Am 31. Dezember 1919	49,4 Milliarden Mark
31. März 1920	58,9
30. Juni 1920	67,8
30. September 1920	75,1
31. Dezember 1920	80,8

Der letzte Ausweis der Reichsbank vom Jahre 1920 zeigt im übrigen ein starkes Ansteigen der Anlagelasten, das u. a. dadurch entstand, daß fällige Schatzanweisungen zur Einziehung eingereicht wurden. Die gesamte Kapitalanlage stieg so um 0,87 auf 60,9 Milliarden Mark.

Die Demokratisierung der Handelskammern.

Aus dem Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe wird uns geschrieben:

Während in den letzten Jahren die Handelskammern durch freiwillige Statutenänderung Zensus- und Klassenwahl abgeschafft und sich Wahlordnungen auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts, zum Teil innerhalb von sachlich gegliederten Wahlgruppen gegeben haben, schreibt das Gesetz für neuerrichtete Handelskammern vor, daß die Wahlberechtigten nach ihrer Veranlagung zur Gewerbesteuer in 3 Abteilungen geteilt werden, deren jede ein Drittel der Kommernmitglieder wählt; erst später kann die Kammer durch Statut ihr Wahlrecht ändern. Diese Bestimmung hat dadurch neuerdings profunde Bedeutung erhalten, daß für die Grenzmark Posen-Westpreußen eine Handelskammer zu Schneidemühl errichtet werden soll. Der preussische Handelsminister hat daher der Landesversammlung einen Gesetzent-

wurf vorgelegt, der ihm den Erfolg der ersten Wahlordnung unter Zugrundelegung des allgemeinen gleichen Wahlrechts nach Anhörung der Beteiligten überträgt. Am 12. Januar d. J. findet in Schneidemühl eine Besprechung mit Vertretern von Handel und Gewerbe der Grenzmark statt, in der der Kommissar des Handelsministeriums, Geheimrat Häbener, mit den Beteiligten für die Handelskammer zu Schneidemühl eine erste Wahlordnung vereinbaren wird.

Im Verkehr mit Rohmitteln sind für den Großhandel folgende Regelpreise für Gafas- und Gafasenerzeugnisse festgelegt: Boie Gafasfloden 593 M., Rinderhafesfloden in 1/2-kg-Paleten 810 M., Rinderhafesfloden in 1/2-kg-Paleten 788 M., Rinderhafesfloden in 1/2-kg-Paleten 834 M., für Graupen O 6: 884 M., für Graupen O 4: 890 M., für Graupen O 4: 897 M., für Graupen O 3: 402 M., für Graupen O 2: 407 M., für Graupen O 1 und 0 412 M., für Weizen 895 M., für Roggen 410 M. für je 100 Kilogramm. Der Groß- und Kleinhandel darf zu diesen Preisen Zuschläge berechnen, die aber über eine angemessene Verdienstspanne nicht hinausgehen dürfen. Den Verbrauchern kann nur angeraten werden, in allen Fällen, in denen sie sich über Vorteile ausbieten, insbesondere in denen höhere als die oben angegebenen Preise gefordert werden, sich beschwerdefähig an die zuständigen Preisprüfungsstellen zu wenden. Diese werden gegen alle gegen die Marktpreise verstoßenden Betriebe oder Händler vorgehen und sie den Wuchergerichten zur Verfolgung anzeigen.

Baroper Walzwerk A.-G. Die Generalversammlung genehmigte die Restabdividende von 50 Proz. und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals (das bisher 3 Millionen Mark betrug) um insgesamt 9 000 000 M., es werden 600 000 M. neue 7 Proz. Vorzugsaktien mit zehnprozentigem Stimmrecht und 3 Millionen Mark Stammaktien ausgegeben.

Ein Wirtschaftsverband Mitteldeutschland wurde in Wolmar von amtl. Interessensvertretungen des Handels, der Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft der Provinz Sachsen, der Freistaaten Sachsen, Thüringen, Anhalt und Braunschweig gegründet mit der Aufgabe, die Interessen des mitteldeutschen Wirtschaftslebens geschlossen zu vertreten.

Aus aller Welt.

Die Dresdener Katastrophe.

Der Dresdener Vertreter der „Telegraphen-Union“ ist in der Lage, auf Grund einer Besprechung, die er mit dem Dresdener Branddirektor Düver hatte, die Wahrheit über alle Vorgänge bei der im Jahre 1918 stattgefundenen schweren Brandkatastrophe im Dresdener Arsenal bekanntzugeben. Aus nachfolgenden Gründen konnte während des Krieges die Wahrheit über diesen Brand, der tagelang dauerte und von umfangreichen Entladungen begleitet war und dessen Feuerstein über halb Sachsen hinweg irrtete, nicht veröffentlicht werden. Wir nunmehr bekannt wird, forderte das Unglück insgesamt neun Tote und zwölf Verletzte und Kranke. 82 Millionen Gewichte und eine halbe Million Pfund Silber und Gold wurden vernichtet. Durch den Brand wurde ein Gelände von 1900 Meter Länge und 500 Meter Tiefe in Mitleidenschaft gezogen. Ein großer Teil dieses Geländes machte den Eindruck wie ein Schlachtfeld der Westfront nach schwerem Trommelfeuern. Im Gelände der Munitionsaufst. sind allein 58 Gebäude, Magazine, Schuppen usw., sowie eine große Anzahl Eisenbahnwagen durch Explosion und Brand vollständig oder teilweise zerstört worden. Als Ursache des Brandes ist einwandfrei festgestellt worden, daß in einem Magazin aus dem Felde zurückgelandete, als andernorts bezeichnete Artilleriemunition untergebracht war, die einer eingehenden Untersuchung unterworfen werden sollte. Bei diesen Arbeiten ist auf unangeforderte Weise eine Explosion entstanden. Ob Unglücksfall oder Unvorsichtigkeit eines Arbeiters in Frage kommt, ist nicht festzustellen, weil sämtliche in Frage kommenden fünf Arbeiter tödlich verunglückt sind.

Das Bergwerksglück in Oberbayern. Nach Mitteilungen der Bergwerksdirektion konnten bis Montag nachmittag die Leichen des drei noch in der Grube von Hausam gebliebenen Opfer des Bergwerksglücks noch nicht geborgen werden. Die Grubensicht wurde abgedämmt und ist vollständig unzugänglich. Das Befinden der ins Krankenhaus geschafften, an jüngerer Gasvergiftung erkrankten neun Beamten und Arbeiter hat sich erfreulicherweise so rasch gebessert, daß ein Teil der Belegschaft bereits Dienstag früh als wiederbeschäftigt entlassen werden kann. Weitere Verunfallten sind nicht gefordert. Eine Folge des Grubenbrandes, der in einer Tiefe von 700 Metern ausgebrochen war, wird voraussichtlich ein bedeutender Förderungsaußfall sein.

Abgehrzter Miegler. Montag morgen zwischen 11 und 12 Uhr ist der Miegler bei Gabelsleben abgestürzt. Er ist tot. Wilderer-Drama. Aus Wilhelm (Oberbayern) wird gemeldet, daß der 24jährige Torfmeister Streicher mit einer tödlichen Schußwunde aufgefunden wurde. Er war beim Wildern nach mehrmaligem Anruf von einem Jagdaufseher angeschossen und tödlich verletzt worden.

Berlin. Am 12. Januar, Teil: Dr. Berner Verlag, Charlottenburg; für Kristine; H. West, Berlin; Berlin; Reichsdruck-Verlag G. m. b. H., Berlin; Teufel; Sopran; P. Schubert; u. Verlagsanstalt; Carl Zuercher u. Co., Berlin; G. m. b. H.

Achtung, Arbeiterräte!
Am Mittwoch, 12. Januar, vormittags 10 Uhr, beginnt der Verkauf eines Systems von ca. 300 Raum-Fliesen Wilh., ca. 1 Meter lang, aus Ziegeln von 30 H. pro Raum, auf dem Gelände der Steinhilfen-Fabrik in Treptow, Ostbahnstr. 19/20. Der Verkauf kann im ganzen oder auch teilweise gefolgt werden.
Kohlenkontor Wedding, G. m. b. H., W. M. Selsbergstr. 41. Tel. Rosenthaler 293 und 294.

Lagermetall
Zinn, Blei, Kupfer, Messing
Notgeld zum Kauf für die Bedienung
Metall-Handelsgesellschaft Groß-Berlin
Coblenzstr. 11/12

Stollern
Spezialhandel
Hofstr. 11/12, Tel. 4-7, am Silesienplatz u. Silesienplatz

Stoffe
10r Herren-Häute, Mäntel, Paletots, Damen-Käpfe,
Meter 50,-, 100,-, 150,-, 200,- Mark.
Für langjährige Beziehungen mit alljährlichen Rabattkarten können die preiswerte, gute Qualität.
G. m. b. H.
Koch & Seeland
Georgstr. 10/11, Tel. 4-7, am Silesienplatz u. Silesienplatz

Staubsauger
Koch & Seeland
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Erwerbstätige Frauen
erhalten, was die Frau im öffentlichen Leben verdienen kann, durch die Prof. Dr. Frau Dr. (275 M.) Hochschullehrerin, Berlin, Lindenstr. 2.

Wettwäge! Einmal billig!
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Koch & Seeland
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Wähler können heute im
Jahre am Wahltag
Koch & Seeland

Verkäufe
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Möbel
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Wahl
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Kaufgesuche
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Musikinstrumente
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Unterricht
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Arbeitsmarkt
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Stellenangebote
Koch & Seeland
Koch & Seeland

Grossen Erfolg
erziel. Anzeig. Vorwärts
Wer daher etwas
Kaufen od. verkaufen
wünscht, wer Grundsätze, Läden od.
Geschäftskunden suchen od. ver-
suchen, misien od. verpflanzen will
insetiere im Vorwärts
Jeder Versuch
lohnt!